



## Niederschrift

über die 26. Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses  
am 01.04.2014

**Sitzungsort:** kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin

**Beginn:** 18:00 Uhr

**Ende:** 22:41 Uhr

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Knülle, Marc

Vorsitzender

#### CDU-Fraktion

Feld-Wielpütz, Claudia

Ratsmitglied

Bambeck, Jörg

Ratsmitglied

Müller, Bernhard

Ratsmitglied

Mölders, Martina

Ratsmitglied

bis 21.30 Uhr

Schell, Georg

Ratsmitglied vertretend

Dziendziol, Dieter

Ratsmitglied vertretend

Mick, Marlies

sachkundige Bürgerin vertretend

Krämer, Stefan

Sachkundiger Bürger vertretend

ab 21.30 Uhr

#### SPD-Fraktion

Nettesheim, Andreas

Ratsmitglied

Seifen, Torsten

sachkundiger Bürger

Frank, Rainer Dr.

sachkundiger Bürger vertretend

#### Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Metz, Martin

2. stellv. Vorsitzender

Günther, Christian

Ratsmitglied

#### FDP-Fraktion

Doppler, Klaus

sachkundiger Bürger

Jung, Stefanie

Ratsmitglied vertretend

#### Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang

Ratsmitglied

#### Beratende Mitglieder

Montexier, Herbert

beratendes Mitglied

#### Protokollführer

Dombrowski, Reiner

**Es fehlten entschuldigt:**

CDU-Fraktion

|                 |                                    |
|-----------------|------------------------------------|
| Bonerath, Guido | 1. stellvertretende/r Vorsitzender |
| Weber, Helmut   | Ratsmitglied                       |
| Puffe, René     | Ratsmitglied                       |

SPD-Fraktion

|           |              |
|-----------|--------------|
| Karp, Uwe | Ratsmitglied |
|-----------|--------------|

FDP-Fraktion

|                   |              |
|-------------------|--------------|
| Züll, Wolfgang E. | Ratsmitglied |
|-------------------|--------------|

**Vertreter der Verwaltung:**

Herr Gleß  
Herr Steinkamp  
Herr Knipp  
Herr Trübenbach  
Herr Kasper  
Frau Nellißen  
Frau Scharmach  
Herr Becker  
Herr Hennig  
Herr Weingart

**Außerdem waren anwesend:**

**Zu TOP 4 „Denkmalpflegeplan der Stadt Sankt Augustin, Vorstellung des Projekts“  
folgende Mitglieder des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses**

Frau Silber-Bonz  
Frau Roitzheim  
Frau Reese  
Herr Wagner  
Herr Kourkoulos

**Ferner anwesend waren die Ortsvorsteher:**

Herr Kespohl (Meindorf)  
Herr Baumanns (Menden)  
Frau Roitzheim (Hangelar)  
Frau Mick (Niederpleis)  
Herr Müller (Buisdorf)

**Als externe Gutachter waren anwesend**

- Zu TOP 4: Frau Vogt und Herr Prof. Dr. Werling vom Architekturbüro Vogt-Werling
- Zu TOP 5: Herr Beele vom Büro h+B Stadtplaner
- Zu TOP 14: Herr Leyendecker vom Büro Leyendecker

---

**Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:**

| Top | DS-Nr. | Beratungsgegenstand |
|-----|--------|---------------------|
|-----|--------|---------------------|

**Öffentlicher Teil:**

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 28.01.2014
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 28.01.2014 gefassten Beschlüsse
4. 14/0064 Denkmalpflegeplan der Stadt Sankt Augustin, Vorstellung des Projekts
5. 14/0078 Stadtteilentwicklungsplanung zur Revitalisierung des Ortskernes von Sankt Augustin - Menden; Vorstellung des Zwischenberichtes
6. 14/0060 Bebauungsplan Nr. 209 'Pützchensweg' in der Gemarkung Hangelar, Flur 7; Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB); Aufhebung des alten Aufstellungs- und Auslegungsbeschlusses
7. 14/0092 Bebauungsplan Nr. 209 'Pützchensweg'; Erlass einer Veränderungssperre
8. 14/0063 Rahmenplanplanung Verkehrslandeplatz Hangelar; Themenabend 'Äußere Erschließung VLP' innerhalb des 'Modierten Werkstattverfahrens'
9. Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauantrag

10. 14/0071 Beschluss zur Aufstellung der 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 607/9 'Am Struch' für den Bereich der Straßenverkehrsfläche mit der Zweckbestimmung 'Unterführung' im reinen Wohngebiet zwischen der 'Hauptstraße' und der Straße 'Am Scherenstück'
11. 14/0068 Das Umweltprogramm 2014
12. 14/0088 CO2-Bilanz, Fortschreibung des Fahrplan für den Klimaschutz/Klimaschutzkonzept der Stadt Sankt Augustin; Bericht der Projektgruppe Klimaschutz
13. 14/0089 Radverkehrskonzept für den Rhein-Sieg-Kreis - Stellungnahme der Stadt Sankt Augustin
14. 14/0090 Vorstellung der Planungen zur L16 im Abschnitt zwischen den Bebauungsplänen 416 und 306
15. 14/0091 Verkehrssituation in Hangelar - Ergebnisse der Ortsbegehung am 05.02.2014
16. Anträge der Fraktionen
  - 16.1.1. 14/0065 Parkplatzsituation im Zentrum verbessern  
Fraktion Aufbruch
  - 16.1.2. 14/0069 Verkehrsbelastungen der Stadtteile Meindorf und Menden während der Umbaumaßnahme an der Bonner Nordbrücke  
SPD-Fraktion
  - 16.1.3. 14/0082 Ratsbeschluss zum Ennertaufstieg gegenüber Bundesminister Dobrindt bekräftigen  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
  - 16.1.4. 14/0096 Ortsentwicklung Stadtteil Menden

SPD-Fraktion

17. Anfragen und Mitteilungen

17.1. Anfragen

17.1.1. 14/0055 Altersgerechte Quartierskonzepte  
Fraktion Aufbruch

17.1.2. 14/0059 Wirtschaftlicher Stellenwert des Verkehrslandeplatzes  
FraktionAufbruch

17.2. Mitteilungen

### **Nicht öffentlicher Teil:**

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
  
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 28.01.2014
  
3. 14/0061 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 209 'Pützchensweg' im Stadtteil Hangelar; Vergabe der Planungsleistungen
  
4. 14/0062 Rahmenplanplanung Verkehrslandeplatz Hangelar; Vergabe der Planungsleistungen
  
5. Anfragen und Mitteilungen
  
- 5.1. Anfragen
  
- 5.2. Mitteilungen

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Ausschussvorsitzende die Anwesenden zu der letzten Sitzung des Ausschusses vor der nächsten Kommunalwahl.  
Den Ausschussmitgliedern und den Mitarbeitern der Verwaltung dankte er für die Zusammenarbeit.

| Top | DS-Nr. | Beratungsgegenstand | Dienststelle |
|-----|--------|---------------------|--------------|
|-----|--------|---------------------|--------------|

**Öffentlicher Teil:**

|   |  |  |  |
|---|--|--|--|
| 1 |  | <b>Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung</b> |  |
|---|--|--|--|

Der Ausschussvorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Insbesondere begrüßte er die zu dieser Sitzung zu TOP 4 erschienenen Mitglieder des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses.

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, den **TOP 9** „Flugplatz Hangelar, Bauvoranfrage und Bauanträge“ von der Tagesordnung zu nehmen, da hierüber lt. Verwaltung nichts zu berichten sei.

**TOP 14** „Vorstellung der Planungen zur L 16 im Abschnitt zwischen den Bebauungsplänen 416 und 306“ soll auf Bitten der Verwaltung vorgezogen werden. Der Ausschussvorsitzende schlug vor, diesen anstelle des ausgefallenen TOP 9 aufzurufen.

Ferner schlug er vor, den Antrag der Fraktion Aufbruch!, der unter **TOP 16.1.1** zu behandeln wäre, zuständigkeitshalber in den Zentrumsausschuss zu verweisen.

Mit allen Vorschlägen war der Ausschuss einverstanden.

Weitere Anträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

**Protokollnotiz:**

Die Protokollierung erfolgt entsprechend der ursprünglichen Tagesordnung.

|          |  |   |  |
|----------|--|---|--|
| <b>2</b> |  | <b>Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 28.01.2014</b> |  |
|----------|--|---|--|

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

|          |  |   |  |
|----------|--|---|--|
| <b>3</b> |  | <b>Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 28.01.2014 gefassten Beschlüsse</b> |  |
|----------|--|---|--|

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

|          |                |   |                         |
|----------|----------------|---|-------------------------|
| <b>4</b> | <b>14/0064</b> | <b>Denkmalpflegeplan der Stadt Sankt Augustin, Vorstellung des Projekts</b> | <b>FD 6/10<br/>FB 3</b> |
|----------|----------------|---|-------------------------|

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Ausschussvorsitzende Herrn Professor Dr. Werling vom Architekturbüro Vogt-Werling.

Einleitend wies Herr Gleß darauf hin, dass es in Sankt Augustin fünf Bodendenkmäler gäbe sowie 123 Baudenkmale, davon seien 79 Gebäude, 5 Kirchen und 38 Wegegrabkreuze und Heiligenhäuschen. Des Weiteren stehen 7 bewegliche Denkmale und 2 Straßenbrücken über die Sieg und sowie eine Allee unter Denkmalschutz. Für eine Mittelstadt um die 55.000 Einwohner sei das, was bislang unter historischer Bausubstanz gestellt wurde, nicht viel. Zu begründen sei das u.a. damit, dass Sankt Augustin in den 70er/80er Jahren eine enorme Entwicklung durchlaufen hat. In dieser Zeit sei Sankt Augustin einmal die am schnellsten wachsende Stadt Deutschlands gewesen. Dieser auch in baulicher Hinsicht rasanten Entwicklung sei es zu verdanken, dass in jener Zeit der Umgang z.B. mit historischer Bausubstanz kein besonders fürsorglicher war. Viele Gebäude, die man heute möglicherweise unter Denkmalschutz stellen würde, seien zu Gunsten anderer zum Opfer gefallen. Daher sei heute Denkmalschutz in Form eines Denkmalpflegeplanes zum integralen Bestandteil der Stadtentwicklungskonzeption zu machen. Das Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahre 2006 habe sich erstmalig dieses Themas angenommen. Mit dem Denkmalpflegeplan soll zukünftig historische Bausubstanz zum integralen Bestandteil unserer Stadtentwicklungspolitik werden.

Nun stellte Herr Prof. Dr. Werling sich und seine Frau als Mitglieder des Architekturbüros Vogt-Werling vor. Er wirke seit 20 Jahren an der Fachhochschule Köln für Baugeschichte. Bei den Arbeiten zum Denkmalpflegeplan werde auch ein Institut der Fachhochschu-

le Köln involviert sein. Dieses werde die vor Ort gewonnenen Erkenntnisse in das GIS-System einpflegen. Sein Büro beschäftige sich schon seit längerem mit denkmalpflegerischen Gutachten. Man arbeite für die Stadt Köln, hauptsächlich aber auch für Gemeinden im rechtsrheinischen Bereich.

Sodann erläuterte Herr Prof. Dr. Werling seine Vorgehensweise anhand einer Power-Point-Präsentation.

**Anmerkung:**

Die Power-Point-Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Auf die nach der Präsentation gestellte Frage von Frau Roitzheim vom Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss, inwieweit man mit dem heimatgeschichtlichen Arbeitskreis zusammenarbeiten werde, teilte Herr Prof. Dr. Werling mit, dass man in nächster Zeit auf den Arbeitskreis zuzugehen werde.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! wies auf die zu Teilen im Stadtgebiet vorhandene älteste Schmalspurbahn Deutschlands hin und stellte die Frage, ob diese auch berücksichtigt wird.

Für die CDU-Fraktion fragte Frau Feld-Wielpütz, ob angedacht sei, auf den Friedhöfen die alten Kreuze mit aufzunehmen. Auch sie seien Teil der Stadtgeschichte. Auch stellte sie die Frage nach dem Unterschied von erhaltenswerten Häusern zu Häusern, die man unter Denkmalschutz stelle.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wies auf die Akzeptanz hin, die bei den Eigentümern und Nutzern der denkmalgeschützten Objekte vorhanden sein muss. Hierzu stellte er die Frage, wie die Bürgerinnen und Bürger informiert werden.

Auf die Fragen antwortend teilte Herr Prof. Dr. Werling mit, dass alles, was historisch von Interesse sei, mit aufgenommen wird. Hierzu gehöre auch die Schmalspurbahn. Bezüglich der Grabsteine teilte er mit, dass diese selbstverständlich inventarisiert werden. Zum Unterschied Denkmalschutz zu erhaltenswerter Bausubstanz stellte er fest, dass die erhaltenswerten Gebäude keine Bedeutung für den Denkmalpflegeplan hätten, für die Bürgerinnen und Bürger zu erkennen ist, was für bedeutend erachtet wird, so dass sie für den zukünftigen Umgang mit diesen Gebäulichkeiten sensibilisiert werden sollen. Zu den unter Denkmalschutz zu stellenden Gebäuden käme zunächst der Landeskonservator. Dieser wird die Gebäude nicht nur von außen sondern auch von innen betrachten. Sollten innerhalb eines Gebäudes maßgebliche Veränderungen stattgefunden haben, ließe sich solch ein Gebäude nur erschwert unter Denkmalschutz stellen. Originalität müsse vorhanden sein. Werden Gebäude zu Denkmälern, würden nur in geringem Maße Zuschüsse fließen. Er teilte ferner mit, dass man einen Arbeitskreis einrichten werde, zu denen Fachleute und auch interessierte Bürger eingeladen werden. Auch sei eine Bürgerinformation geplant.

Dann ergriff Frau Silber-Bonz von der FDP-Fraktion in ihrer Eigenschaft als Ausschussvorsitzende des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses das Wort. Sie wies auf die historische Dimension des Denkmalpflegeplanes hin. Ihr sei wichtig, dass der Informationsfluss auch im engeren Zusammenwirken mit dem Stadtarchivar erfolge.

Frau Jung von der FDP-Fraktion stellte die Frage nach dem zeitlichen Ablauf des Projektes.

Herr Montexier vom Integrationsrat machte Ausführungen zu den steuerlichen Hintergründen.

Frau Feld-Wielpütz frug nach den finanziellen Mitteln, die im Haushalt zur Verfügung stünden.

Herr Gleß antwortete, dass es 7.000 € seien. Gehe es um Denkmalschutz, herrschten unterschiedliche Interessen vor. Daher werde auch eine vielfältige Form von Bürgerbeteiligung benötigt. Über den Heimatgeschichtlichen Arbeitskreis sowie die städtische Homepage könne über das Vorhaben informiert werden. Sehr stark setze er auf die persönliche Beratung durch die zuständigen Mitarbeiter seines Planungsamtes.

Herr Prof. Dr. Werling teilte mit, dass man bereits einen Zeitplan an die Stadt geschickt habe. Von Herbst 2013 bis ursprünglich geplant Frühjahr 2014 sollten die entsprechenden Kartenwerke analysiert und bearbeitet werden. Dieser Zeitrahmen habe sich bereits verlängert. Im ganzen Jahr 2014 werde man die Begehungen in den Ortsteilen vornehmen und die Ergebnisse in Karten einarbeiten. Bis Frühjahr 2015 wolle man in den entsprechenden Arbeitskreisen die Begehungsergebnisse diskutieren. Von Frühjahr 2015 bis ca. Herbst 2015 sei die Abstimmung mit den politischen Gremien geplant. Die Endfassung würde im Herbst 2015 durch den Rat der Stadt Sankt Augustin beschlossen werden. Danach würde das GIS gepflegt und im Nachgang eine Veröffentlichung vorgenommen werden. Im Frühjahr 2016 soll alles abgeschlossen sein.

Frau Jung stellte fest, dass es wichtig ist, den Bürger auf das Erhaltenswerte aufmerksam zu machen.

Frau Roitzheim bat darum, den Ablaufplan zu bekommen.

Herr Prof. Dr. Werling teilte mit, dass der Ablaufplan weitergereicht wird.

Danach nahm der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zum Denkmalpflegeplan zur Kenntnis.

**zur Kenntnis genommen**

|          |                |   |                                  |
|----------|----------------|---|----------------------------------|
| <b>5</b> | <b>14/0078</b> | <b>Stadtteilentwicklungsplanung zur Revitalisierung des Ortskernes von Sankt Augustin - Menden; Vorstellung des Zwischenberichtes</b> | <b>FD 6/10<br/>FB 1<br/>FB 7</b> |
|----------|----------------|---|----------------------------------|

Der Ausschussvorsitzende teilte mit, dass er von der Verwaltung angesprochen worden sei, den unter 16.1.4 auf der Tagesordnung stehenden Antrag der SPD-Fraktion hier mit zu beraten. Sollte der Ausschuss nichts dagegen haben, schlage er vor, so zu verfahren. Danach begrüßte er Herrn Dieter Beele vom Büro h+ B Stadtplanung.

Herr Beele gab einen ersten Zwischenbericht zur Stadtteilentwicklungsplanung „Revitalisierung des Ortskerns von Sankt Augustin-Menden“.

**Anmerkung:**

Der Zwischenbericht ist als Anlage zur Niederschrift beigelegt.

Danach begründete Herr Korkulus von der SPD-Fraktion den von seiner Fraktion zu diesem Thema gestellten Antrag. Er machte deutlich, dass der Antrag von Bürgern initiiert wurde, die sich Gedanken darum gemacht haben, wie es mit dem Ortsteil Menden weitergeht. Dabei gehe es nicht nur um den Bereich Burgstraße sondern auch um weitere Teilbereiche, wie Gutenberg-, Mittel- oder Kirchstraße. In dem gerade gehörten Vortrag vermisste er einige Punkte, so z. B. die Parkplatzsituation in Menden. Die Bitte an Politik und Verwaltung sei, die in dem Antrag gestellten Beiträge Ernst zu nehmen und in das Konzept einfließen zu lassen.

Danach ergriff Herr Baumanns, Ortsvorsteher von Menden, das Wort.

**Anmerkung:**

Sein Vortrag ist als Anlage zur Niederschrift beigelegt.

Danach gab sich Herr Gleß begeistert über das im SPD-Antrag Enthaltene und vom Ortsvorsteher Gesagte, da man nun kein Konzept mehr benötige. Ernsthaft führte er weiter aus, dass das vom Planer Vorgestellte die Ergebnisse der Bestandsaufnahme seien. Man habe sich auch über Bürgerbeteiligungen Gedanken gemacht. Wie weiter vorzugehen ist, gehe aus der Sitzungsvorlage hervor. Die Politik habe der Verwaltung den Auftrag gegeben, eine Rahmenplanung zur Revitalisierung des Ortskerns von Menden zu erstellen. Daher sei auch die Verwaltung als Auftragnehmerin federführend. Üblicherweise sei es so, dass die Verwaltung erst eine klassisch aufgebaute Bestandsaufnahme, eine Bestandsanalyse und eine Zielsetzung vornimmt. Die Umsetzung dieser Ergebnisse sollte dann vernünftigerweise unter Einbeziehung der Bürger durchgeführt werden. Nun habe man erfahren, dass die Bürgerbeteiligung bereits stattgefunden hat. Daher stelle sich ihm die Frage, was denn jetzt noch zu tun sei.

Man habe sich vorgestellt, und das gehe auch aus der Vorlage hervor, im allerersten Schritt ein Forum mit begleitenden Workshops einzurichten. Hierzu seien Bürgerinnen und Bürger, die Geschäftsleute und die an der Planung Interessierte mit einzubinden. Dann sollten die erarbeiteten Ergebnisse im Ausschuss vorgelegt werden. Erst dann sei eine Beratung zu erfolgen, wie damit umzugehen ist. Das kenne er unter einem zielgerichteten Verfahren und einem effektiven Arbeiten. Dann käme auch erst die Phase, in

der er dankbar ist für Vorschläge jeder Art, auch von Jedermann, von jeder Fraktion, von jedem Interessensverband usw. Nur so könne zielgerichtet und erfolgreich gearbeitet werden. Mit dieser Art im Umgang mit städtebaulichen Themenstellungen und planungsrechtlichen Fragestellungen sei man bisher immer erfolgreich gefahren. Die Diskussion über das bisher Vorgebrachte käme zu früh und sei jetzt nicht zielführend. Im Übrigen halte er allein die Ergebnisse der Bestandsanalyse für ausreichend genug, zielgerichtet weiterzuarbeiten und Maßnahmenpakete zu entwickeln.

Für die FDP-Fraktion stellte Frau Jung fest, dass es sich bei dem Antrag der SPD-Fraktion nicht um einen Bürgerantrag, sondern um einen Antrag der SPD-Fraktion handelt, der aus einer Versammlung der SPD hervorgegangen sei. Sie sei seit fast 40 Jahren Bürgerin der Stadt Sankt Augustin und fühle sich durch diesen Antrag nicht repräsentiert. Das sei keine Kritik an der Arbeit, aber es sei so dargestellt worden, dass es die Bürger von Menden so wollten. Bei der weiteren Bearbeitung des Themas gehe es darum, bestehende Beschlüsse zu beachten. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die bezüglich des alten Friedhofs in Menden gefassten Beschlüsse. Die Frage sei zu klären, wie mit den Teilen des Antrags umgegangen wird, die sich nicht mit dem Zentrumsentwicklungskonzept beschäftigen.

Frau Feld-Wielpütz für die CDU-Fraktion erinnerte, dass man seinerzeit bei der Beschlussfassung eine Bestandsaufnahme des Ortskerns von Sankt Augustin-Menden erlangen wollte. Erst danach sollte mit den von den Fachleuten erarbeiteten Vorschlägen offen in die Bürgerschaft gegangen werden. Das Weiteres, wie z. B. das Radwegkonzept Siegstraße, mit aufgenommen wird, sei für sie selbstverständlich. Ihre Frage an den Gutachter sei, ob man z. B. den Bereich Gutenbergstraße/Mittelstraße in den Bericht über die Stadtteilentwicklungsplanung des Ortskerns Menden mit aufnehmen könnte. Im Rahmen, der gewählt sei, sei der Bereich aufgenommen, aber in den Darstellungen habe sie das in der Form nicht erkennen können.

Für Herrn Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei das Konzept evtl. zu früh gekommen, um alles differenziert darzustellen. Für eine reine Bestandsaufnahme sei es aber in Ordnung. Das Wesentliche seien die Nutzungen im Ortskern. Synergieeffekte, die sich aus einem Tascheneinkauf ergeben, würden sich wegen der drei unterschiedlichen Standorte Mittelstraße/Gutenbergstraße/Burgstraße sowie dem nördlichen Teil Siegstraße hier nicht ergeben. Wichtig seien die Wegebeziehungen, insbesondere die Anbindung Kaiserbau/Gutenbergstraße an die Burgstraße. Diese Wegebeziehungen sollten in der Konzeption mit berücksichtigt werden. Bezüglich des Einzelhandels sei perspektivisch zu denken. In diesem Zusammenhang sei die Frage interessant, wie es mit dem Marktplatz und dem Gelände der ehemaligen Gärtnerei Werner weitergeht.

Herr Seifen von der SPD-Fraktion gab zu verstehen, dass es sich nicht um den Antrag von Bürgern handeln würde. Es habe eine Versammlung gegeben, in der von Bürgern diese Anregungen geäußert wurden. Die in der Versammlung genannten Punkte könnten mitberücksichtigt werden, die Vorgehensweise sollte keine Kritik an der Verwaltung sein.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! stellte fest, dass, da man sich erst am Anfang eines Prozesses befindet, bereits viel zu lange geredet wurde. In den Ausführungen vermisse er den in der Siegstraße ansässigen Bio-Supermarkt „Vier Jahreszeiten“. Zum Verfahren schlug er vor, das als Gedanken der Bürgerinnen und Bürger oder das aus

dem Ausschuss geäußerte Gedankengut ins Positive zu wenden. Bürgerinnen und Bürger hätten Defizite wahrgenommen und diese geäußert. Das sollte in dem gerade erst begonnenen Prozess mit aufgenommen werden.

Der Ausschussvorsitzende fasste das bisher Geäußerte zusammen und regte an, dem Vorschlag von Herrn Köhler zu folgen und das durch den Antrag, den Ausführungen des Ortsvorstehers und auch durch das im Ausschuss Gesagte mit aufzunehmen und die Verwaltung zu beauftragen, so weiter zu arbeiten.

Nun erinnerte Frau Jung daran, dass es hier um ein Konzept für den Ortskern von Menden geht. In dem SPD-Antrag seien aber Dinge enthalten, die nicht zum Zentrum gehörten.

Herr Gleß erklärte, dass man so verfahren möchte, wie man normalerweise zu arbeiten pflegt. Die Bestandsaufnahme und Analyse sei abgeschlossen. Sie werde ergänzt durch das hier Gesagte. Danach würde man in die Bürgerbeteiligung einsteigen. Sobald es an der Zeit sei, die Interessen und Anregungen der Bürger mit einzupflegen, werde das hinzugenommen als weitere Anregungen, Bedenken usw. Dann werde sich zeigen, wie weiter zu verfahren ist. Daher werde der SPD-Antrag erst einmal liegen gelassen. Nach den weiteren Arbeiten, die, wie gerade beschrieben, erledigt werden, hole man zum richtigen Zeitpunkt den Antrag heraus. Dann werde man schauen, wie inhaltlich mit den einzelnen Punkten umgegangen wird. Das heißt, man würde in diesem Fall genauso arbeiten wie immer.

Zu ihrem Verständnis frug Frau Feld-Wielpütz, ob man jetzt zunächst über das Ortsteilentwicklungskonzept befindet und über den Antrag der SPD-Fraktion nicht abgestimmt wird, aber dass die Inhalte des Antrags in die weitere Erarbeitung mit einfließen.

So sehe das die Verwaltung, teilte Herr Gleß mit. Er wies abschließend darauf hin, dass er zukünftig bei einem ähnlichen Konzept ein wenig mehr Disziplin erwarte. Hinweise, was alles noch gemacht werden muss, sollten vermieden werden. Um Bürgerbeteiligung wörtlich und ernst zu nehmen, müsse so verfahren werden, wie es in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert wurde.

Danach wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt, wobei mit dem SPD-Antrag verfahren wird, wie geschildert.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt die Vorstellung des Zwischenberichtes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.

**einstimmig**

|          |                |   |                |
|----------|----------------|---|----------------|
| <b>6</b> | <b>14/0060</b> | <b>Bebauungsplan Nr. 209 'Pützchensweg' in der Gemarkung Hangelar, Flur 7; Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB); Aufhebung des alten Aufstellungs- und Auslegungsbeschlusses</b> | <b>FD 6/10</b> |
|----------|----------------|---|----------------|

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden wurden TOP 6 und TOP 7 gemeinsam beraten.

Nach einer kurzen Einführung in das Thema durch Herrn Gleß ergriff Herr Dr. Frank von der SPD-Fraktion das Wort. Ihm sei sehr wohl bewusst, dass das betreffende Gebiet im Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet ausgewiesen ist. Er rege an, über die künftige Nutzung noch einmal nachzudenken. Jenseits des Heckenweges liege zwar auf Bonner Seite ein kleineres von der Stadt Bonn erschlossenes Gewerbegebiet. Die auf Seiten der Stadt Sankt Augustin liegenden Grundstücke seien jedoch schlecht erschlossen. Diese würde sich nicht für eine Entwicklung eines Gewerbegebietes eignen. Es sei aber eine attraktive Lage, auch was das Einkaufen in diesem Gebiet anbelangt. In ca. 10 Minuten wäre man z.B. auf ebener Strecke im Zentrum von Hangelar. Er wolle mit seinen Ausführungen anregen darüber nachzudenken, ob man dieses Gebiet nicht als Wohngebiet ausweisen könne. Ein Pflege- oder Seniorenheim auf dem Tacke-Gelände halte er für nicht attraktiv. Diese Stelle hier wäre sehr viel geeigneter. Daher schlage er vor, die gewerbliche Nutzung auf diesem Areal aufzugeben.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entgegnete, das man diese Fläche als Gewerbegebiet belasse möge. An östlicher und westlicher Begrenzung befinde sich Gewerbe, das man über die B 56 erschließen könne. Eigentlich müsste auch der Rest des Gewerbegebiets mit betrachtet werden. Daher wäre eine rückwärtige Erschließung über die Eifelstraße zu bedenken. Gegebenenfalls müsste der Aufstellungsbereich des Bebauungsplans erweitert werden. Tankstellen, Fast-Food sowie Spielhallen sollten ausgeschlossen werden.

Für Herrn Schell von der CDU-Fraktion sei es durchaus denkbar, dass die Erschließung weiter über den Heckenweg erfolgt. Vom Grundprinzip mangle es in Hangelar sowohl an Gewerbe- als auch an Wohnflächen. Den Grundgedanken der Verwaltung, dort kleinteiliges Gewerbe anzusiedeln, halte er für völlig richtig. Bezüglich der äußeren Erschließung solle abgewogen werden, ob der Heckenweg ausreiche oder eine Erschließung über die Eifelstraße erfolgen soll.

Auch Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! hält die Ansiedelung von Gewerbe für richtig. Selbst die bereits befindlichen Häuser im Heckenweg sollten als zukünftiges, nicht störendes Gewerbegebiet ausgewiesen werden. Auch er halte die Erschließung über die Eifelstraße richtiger als über den Heckenweg.

Für die FDP-Fraktion teilte Frau Jung mit, dass ihre Fraktion auch für die Beibehaltung des Gewerbegebiets sei. Auch sie halte die Erschließung über die Eifelstraße für sehr sinnvoll. Insgesamt habe Sankt Augustin insgesamt und nicht nur Hangelar zu wenig Gewerbeflächen.

Herr Nettessheim für die SPD-Fraktion erinnerte daran, dass am Heckenweg bereits Wohnbebauung vorhanden sei. Daher stamme auch die Idee, das Gesamte als Wohngebiet auszuweisen.

Herr Schell meinte gehört zu haben, dass im Falle einer Herabstufung der B 56 eine Erschließung der Fa. Vögeli direkt an die B 56 erfolgen soll. Er bat die Verwaltung, in diesem Fall die Angelegenheit nicht aus den Augen zu verlieren, damit sie für unsere Überlegungen mit berücksichtigt werden könnte.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, für das Gebiet der Gemarkung Hangelar Flur 7, begrenzt durch den Heckenweg, die Bundesstraße 56, die westliche Grenze des Gewerbegebietes an der Eifelstraße und den Heckenweiher (Renner See) den Bebauungsplan Nr. 209 „Pützchensweg“ nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen und folgende Planungsabsichten darzulegen:  
Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein, im Hinblick auf die angrenzenden Wohngebiete, gegliedertes Gewerbegebiet für kleinere und mittelständische Gewerbe- und Handwerksbetriebe sowie für ein inneres Erschließungssystem, welches eine Aufteilung der großen in mehrere kleine Grundstückseinheiten erlaubt.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan vom Februar 2014 (Anlage 1) zu entnehmen.

**einstimmig**

2. Der Rat beschließt, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 209 „Kohlkauler Straße“ vom 10.05.1982 (Beschluss Nr. 47) sowie den Auslegungsbeschluss für denselben Planbereich (Anlage 2) vom 28.09.1994 (Drucksache Nr. 94/339) aufzuheben.

**einstimmig**

|          |                |  |                |
|----------|----------------|--|----------------|
| <b>7</b> | <b>14/0092</b> | <b>Bebauungsplan Nr. 209 'Pützchensweg'; Erlass einer Veränderungssperre</b> | <b>FD 6/10</b> |
|----------|----------------|--|----------------|

### **Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt- Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, für das Gebiet in der Gemarkung Hangelar Flur 7, begrenzt durch den Heckenweg, die Bundesstraße 56, die westliche Grenze des Gewerbegebietes an der Eifelstraße und den Heckenweiher (Renner See) auf der Grundlage der §§ 14 und 16 Baugesetzbuch (BauGB) sowie des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) eine Veränderungssperre zu erlassen. Der Bereich ist identisch mit dem des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 209 „Pützchensweg“.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan vom Februar 2014 (Anlage 1) zu entnehmen. Der Plan ist Bestandteil der Satzung.

Rechtsgrundlagen in der zum Zeitpunkt des Beschlusses geltenden Fassung: Gemeindeordnung (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I., S. 2414).

**einstimmig**

|          |                |   |                |
|----------|----------------|---|----------------|
| <b>8</b> | <b>14/0063</b> | <b>Rahmenplanplanung Verkehrslandeplatz Hangelar; Themenabend 'Äußere Erschließung VLP' innerhalb des 'Modierten Werkstattverfahrens'</b> | <b>FD 6/10</b> |
|----------|----------------|---|----------------|

Herr Gleß wies eingangs darauf hin, dass es sich nicht um eine kurzfristig abzuhandelnde konkrete Planung handelt, sondern um eine Vorsorgeplanung. Diese soll zum Einsatz kommen, falls sich herausstellen sollte, dass in der Richthofenstraße das Verkehrsaufkommen so groß ist, dass eine andere Form der Erschließung gewählt werden muss.

Auch Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion betonte, den Verkehr bei erhöhtem Verkehrsaufkommen nicht weiter über die Richthofenstraße abzuwickeln, sondern über eine äußere Erschließung. Für seine Fraktion sei die Variante 1 die einzig richtige.

Herr Schell von der CDU-Fraktion bedankte sich, auch in seiner Eigenschaft als Vorsit-

zender des Rahmenplanungsbeirates, bei der Verwaltung und insbesondere bei Herrn Weingart, der die Veranstaltung am 30.01.2014 geplant und durchgeführt hat. Bei dieser wie auch weiteren verschiedenen Veranstaltungen hätte er den Teilnehmern mitgeteilt, dass man keine finanziellen Mittel habe, eine Erschließungsstraße zu bauen.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gab kund, dass auch er keine Notwendigkeit sehe, eine derartige Maßnahme jetzt durchzuführen. Auch sehe man am Verkehrslandeplatz Hangelar keine Planungen, die eine solche Notwendigkeit überhaupt entstehen lassen.

Für die FDP-Fraktion teilte Frau Jung mit, dass man der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante zustimmen werde. Sie finde es gut, dass man sich frühzeitig mit dem Thema befasse.

Herr Bambeck für die CDU-Fraktion unterstrich das von Herrn Schell Gesagte und teilte mit, dass man der Vorlage zustimmen werde. Er erinnerte aber daran, dass man im Rahmenplanungsbeirat unterschiedliche Auffassungen zu den Varianten gehabt habe. Seine Fraktion habe immer wieder betont, sich weitere Erschließungsoptionen offenzuhalten.

Frau Jung wies darauf hin, dass das gerade von Herrn Bambeck Gesagte so nicht im Beschlussvorschlag enthalten sei.

Herr Gleß teilte mit, dass es für ihn eindeutig sei, was zu beschließen ist, nämlich dass der Schwerpunkt auf die Alternative 1 gelegt wird.

Auch Herr Nettesheim bekräftigte, dass er diesen Beschluss so verstanden habe, dass es im Moment so bleibt wie es ist und erst bei Zunahme des Verkehrs die Möglichkeit der Routenführung über die Alternative 1 geprüft wird.

Herr Metz machte noch einmal deutlich, dass zunächst die Alternative 1 untersucht werden sollte. Erst wenn sich herausstellen würde, dass Variante 1 aus irgendwelchen Gründen nicht gehe, müsse man erneut in den Ausschuss. Auch für seine Fraktion sei dies Grundlage für den Beschluss. Dies bitte er auch zu Protokoll zu nehmen.

Her Gleß schlug als Klarstellung vor, aus dem Beschlussvorschlag die Worte „Schwerpunkt der Untersuchungen“ herauszunehmen.

**Anmerkung:**

Danach entstand eine Diskussion, die wegen nicht eingeschalteter Mikrofone leider nicht protokolliert werden kann.

Herr Bambeck bedankte sich bei Herrn Metz für seine Ausführungen, da dieser es genauso gesagt habe, wie er es hätte ausführen wollen.

Für Herrn Schell müsse auch nach den bisherigen Wortmeldungen nichts am Beschluss geändert werden. Denn die Verwaltung habe mehrfach in den verschiedenen Sitzungen des Rahmenplanungsbeirates mitgeteilt, dass unter den jetzigen Gegebenheiten die Erschließung über die Richthofenstraße völlig ausreicht und sich erst bei evtl. Änderungen eine Erschließung über die Variante 1 ergeben könnte. Dann erst sei es wichtig, diese

zu untersuchen. Daher finde er die Formulierung im Beschlussvorschlag richtig. Er gebe zu Protokoll, dass der Schwerpunkt darauf liegt.

Herr Köhler riet dazu, einen klareren Beschlussvorschlag zu fassen, anders als er vorgeschlagen sei. Um Interpretationen zu vermeiden, schlug er folgenden Beschlussvorschlag vor:

Der Umwelt-Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, für eine potentiell notwendig werdende äußere Erschließung des Verkehrslandeplatzes Hangelar nur die Alternative 1 weiter zu untersuchen.

Frau Jung wollte den Beschlussvorschlag, so wie er von Herr Gleß dargelegt wurde, ergänzen um die Formulierung „aus Gründen der planerischen Vorsorge“.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion sagte, sie könne die Diskussion nicht verstehen. Die Verwaltung habe doch ausgeführt, wie sie richtigerweise ihren Beschlussvorschlag verstehe. Mittlerweile habe man mehrere Beschlussvorschläge. Sollten diese weiter verfolgt werden, würde sie eine Sitzungsunterbrechung beantragen.

Frau Jung erwiderte, dass der Begriff „Schwerpunkt“ immer noch etwas offen ließe, daher könne man dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen.

Auch Herr Metz machte einen Versuch zur Änderung des Beschlussvorschlages.

Nun meldete sich Herr Dr. Frank von der SPD-Fraktion zu Wort und stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, jetzt über die Verwaltungsvorlage abzustimmen.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen, dieser fand keine Mehrheit.

Danach unterbrach der Ausschussvorsitzende um 20.32 Uhr die Sitzung für 2 Minuten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung las der Ausschussvorsitzende den nach der Beratung geänderten Beschlussvorschlag vor:

„Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, bei geändertem Bedarf der äußeren Erschließung innerhalb der Rahmenplanung „Verkehrslandeplatzes Hangelar“ die Alternative 1 zu verfolgen.“

### **Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, bei geändertem Bedarf der äußeren Erschließung innerhalb der Rahmenplanung „Verkehrslandeplatz Hangelar“ die Alternative 1 zu verfolgen.

**einstimmig**

|   |  |   |  |
|---|--|---|--|
| 9 |  | <b>Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauantrag</b> |  |
|---|--|---|--|

**Der Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.**

|    |         |   |                |
|----|---------|---|----------------|
| 10 | 14/0071 | <b>Beschluss zur Aufstellung der 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 607/9 'Am Struch' für den Bereich der Straßenverkehrsfläche mit der Zweckbestimmung 'Unterführung' im reinen Wohngebiet zwischen der 'Hauptstraße' und der Straße 'Am Scherenstück'</b> | <b>FD 6/10</b> |
|----|---------|---|----------------|

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilte mit, dass er sich enthalten werde, da noch innerhalb seiner Fraktion Beratungsbedarf bestehe. Es würde nämlich Sinn machen, bei der einzigen an dieser Stelle faktisch verbliebenen Ortsdurchfahrt eine Möglichkeit zu schaffen, die Hauptstraße zu überqueren. Es sollte daher geprüft werden, ob die hierzu einzig verbliebene Möglichkeit bebaut werden muss.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Aufstellung der 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes 607/9 „Am Struch“ für den Bereich der Straßenverkehrsfläche mit der Zweckbestimmung "Unterführung" im reinen Wohngebiet zwischen der „Hauptstraße“ und der Straße „Am Scherenstück“. Die Änderung erfolgt gem. § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren.“

Die genauen Grenzen der 2. vereinfachten Änderung sind dem Geltungsbereichsplan vom 10.03.2014 zu entnehmen.

**Jastimmen 14 Enthaltungen 2**

|           |                |                                |            |
|-----------|----------------|--------------------------------|------------|
| <b>11</b> | <b>14/0068</b> | <b>Das Umweltprogramm 2014</b> | <b>BNU</b> |
|-----------|----------------|--------------------------------|------------|

Frau Feld-Wielpütz für die CDU-Fraktion teilte mit, dass man sehr stolz über dieses Programm sein kann.

Frau Jung für die FDP-Fraktion meinte, dass es eine sehr gute Arbeit bei kleinem Budget sei und machte der Verwaltung ein Kompliment.

Den beiden Wortbeiträgen schlossen sich alle Fraktionen an.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

### **zur Kenntnis genommen**

|           |                |   |            |
|-----------|----------------|---|------------|
| <b>12</b> | <b>14/0088</b> | <b>CO2-Bilanz, Fortschreibung des Fahrplan für den Klimaschutz/Klimaschutzkonzept der Stadt Sankt Augustin; Bericht der Projektgruppe Klimaschutz</b> | <b>BNU</b> |
|-----------|----------------|---|------------|

Der Ausschussvorsitzende schlug in Absprache mit der Verwaltung vor, den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung zu vertragen.

Herr Gleß stellte dazu fest, dass es sich bei diesem Tagesordnungspunkt um einen sehr wichtigen Punkt handele, der eigentlich Schwerpunkt der Tagesordnung sein sollte. Die Sachbearbeiterin Frau Nellißen habe sich mit der Erstellung des Vortrages viel Mühe gemacht. Zu fortgeschrittener Stunde würde ein kurzes Abhandeln ihrer Arbeit nicht gerecht werden. In der nächsten Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses solle dann dieses Thema direkt an den Anfang der Tagesordnung gesetzt werden.

Damit war der Ausschuss einverstanden.

Daraufhin wurde der Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung vertagt.

**Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.**

|           |                |   |                                  |
|-----------|----------------|---|----------------------------------|
| <b>13</b> | <b>14/0089</b> | <b>Radverkehrskonzept für den Rhein-Sieg-Kreis -<br/>Stellungnahme der Stadt Sankt Augustin</b> | <b>FD 6/10<br/>FB 1<br/>FB 7</b> |
|-----------|----------------|---|----------------------------------|

Dem Beschlussvorschlag sei die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Radverkehrskonzept des Rhein-Sieg-Kreises beigelegt, teilte Herr Gleß eingangs mit. Nach den jetzt vorliegenden Erkenntnissen gestalte sich das Konzept kompatibel zu dem Radverkehrskonzept der Stadt Sankt Augustin. In einer der nächsten Sitzungen des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses werde das kommunale Radverkehrskonzept präsentiert. Nach evtl. Beschluss werde die Stellungnahme der Verwaltung zum Radverkehrskonzept dem Rhein-Sieg-Kreis unmittelbar zugestellt.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilte mit, dass es gut sei, dass es dieses Konzept gäbe. Mit dem Ergebnis sei er aber nicht zu 100 % zufrieden. Er nannte als Beispiel die Radwegeverbindung zwischen Sankt Augustin und Hennef. Das Kreiskonzept sehe hier eine Route über Siegburg vor. Entscheidend sei, wie die Stadt mit ihrem städtischen Routenkonzept umgeht.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion bat um Auskunft in der nächsten Sitzung bezüglich der Aussage auf S. 55 des Konzeptes, wo über die „Netzlücke 10 in Sankt Augustin – Innerörtliche Straße“ berichtet wird. Hierzu wolle sie wissen, was darunter gemeint ist.

Frau Mölders für die CDU-Fraktion wies auf den beidseitigen Radweg längs der B 56 in Sankt Augustin-Ort hin. An einer Stelle stünden Barken, da der Radweg durch Wurzeln angehoben sei. Sie bittet, dass die Verwaltung sich dieser Sache annimmt.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt die Stellungnahme zum Radverkehrskonzept des Rhein-Sieg-Kreises zur Weitergabe an den Rhein-Sieg-Kreis.

**einstimmig**

|           |                |  |                |
|-----------|----------------|--|----------------|
| <b>14</b> | <b>14/0090</b> | <b>Vorstellung der Planungen zur L16 im Abschnitt zwischen den Bebauungsplänen 416 und 306</b> | <b>FD 6/10</b> |
|-----------|----------------|--|----------------|

Hierzu begrüßte der Ausschussvorsitzende Herrn Leyendecker vom Büro Leyendecker. An aushängenden Plänen stellte Herr Leyendecker vor, wie zwischen den beiden Bebauungsplangebieten die Fußgänger- und Radwegeverbindungen verbessert werden sollen.

Danach bestätigte der Ortsvorsteher von Meindorf, Herr Kespohl, dass die Meindorfer Bürger die niedrige Durchgangshöhe der Brücke sehr schätzen, da hierdurch der Schwerlastverkehr aus dem Ortsteil herausgehalten wird.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte die angedachte Lage der Bushaltestellen. Er wies auf die Erweiterung der A 59 hin, wofür aber noch kein Planrecht bestünde. Das würde eine Verbreiterung der Brücke bedeuten und sich somit der geplante Zebrastreifen innerhalb des Brückenbauwerks befinden. Das bitte er zu bedenken. Er stellte eine Verständnisfrage zu der Ausweisung als „Gehweg“.

Herr Leyendecker beantwortete die Fragen dahingehend, dass im Haushalt für 2014 Mittel eingesetzt wurden. Der Seitenbereich würde dadurch gedeckt werden. Das im Plan Dargestellte sei nur eine Achsdarstellung und keine Mittellinie. Bezüglich der Markierung „Zebrastreifen“ meinte er, dass wenig Platz vorhanden wäre, das zu entwickeln.

Frau Feld-Wielpütz für die CDU-Fraktion teilte mit, dass man mit den Vorstellungen mehr als einverstanden sei. Die Querung in Höhe der Bus Cups sei außerordentlich wichtig.

Herr Metz bat, den Ausbau der A 59 in der Gesamtplanung mit zu berücksichtigen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt die vorgestellte Planung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die weiteren Schritte zur Umsetzung vorzubereiten.

**einstimmig**

|           |                |  |                                  |
|-----------|----------------|--|----------------------------------|
| <b>15</b> | <b>14/0091</b> | <b>Verkehrssituation in Hangelar - Ergebnisse der Ortsbegehung am 05.02.2014</b> | <b>FD 6/10<br/>FB 1<br/>FB 7</b> |
|-----------|----------------|--|----------------------------------|

Der Ausschussvorsitzende führte in die Thematik ein und wies darauf hin, dass der Ausschuss u.a. eine Entscheidung darüber zu treffen habe, wie es mit dem Grundstück Kappellenstraße/Ecke Burbankstraße weitergehen soll.

Für die SPD-Fraktion ergriff Herr Dr. Frank das Wort. Er beschäftigte sich zunächst mit dem Grundstück Kappellenstraße/Ecke Burbankstraße. Die Gestaltung des Grundstücks mit weiteren Sitzmöglichkeiten zur Stärkung der historischen Mitte halte er für nicht notwendig. Die Anlegung von weiteren Stellplätzen auf diesem Grundstück würde den Parkdruck auf der Kappellenstraße von den anliegenden Straßen dämpfen. Fraglich sei, ob die Stadt finanziell hierzu in der Lage ist. Eine Möglichkeit wäre, den bisher auf den Straßen parkenden Anwohnern diese Fläche zum Erwerb oder als Pachtfläche anzubieten. Die Bebauung mit einem Haus halte er für kritisch. Von einer Wohnbebauung sei daher abzuraten. Sollte probeweise die Kappellenstraße wie geplant als Einbahnstraße eingerichtet werden, schlage er vor, die Angelegenheit Grundstück Kappellenstraße/Ecke Burbankstraße zurückzustellen. Sollte es nämlich bei einer Einbahnstraßenregelung bleiben, könnte es sein, dass sich die Parksituation entkrampft. Dann könne man es auch bei dem bisherigen Zustand belassen.

Herr Schell stellte für die CDU-Fraktion die Frage, was die Kenntnisnahme zu den einzelnen Punkten überhaupt bedeute. Er wies darauf hin, dass von einem Teilnehmer an der Begehung mitgeteilt wurde, dass die Einbahnstraßenregelung zumindest nicht einstimmig erfolgt ist. Er finde es darüber hinaus bedauerlich, dass die Vorlage nicht das Schreiben des Werbekreises enthält. Dieser habe sich ausdrücklich gegen eine Einbahnstraßenregelung ausgesprochen. Darüber hinaus stelle sich die Frage, wie festgestellt wird, ob der Einbahnstraßen-Test erfolgreich ist. Man befürchte eine reine Verkehrsverdrängung. Er wies auf den Kreuzungsbereich Mendener Straße/B 56 hin, wo flexible Poller aufgestellt wurden. Er vermute, dass das den Rechts-Abbiegeverkehr hindern soll, über den Bürgersteig zu fahren. Auch hier möge man das erst prüfen. Aufgrund dieser Prüfung solle dann erst eine Entscheidung getroffen werden. Das würde also einen erweiterten Beratungsbedarf bedeuten. Durch den Verdrängungsverkehr würde die Kölnstraße morgens belastet werden. Daher frage er, wie die Testphase aussehe. Er bittet dringend darum, den Werbekreis mit einzubeziehen. Bezüglich des Grundstücks Kappellenstraße habe er mit dem Eigentümer von Haus 17 a gesprochen. Der sei gegen eine Bebauung. Daher bliebe nur die Schaffung von Parkmöglichkeiten. In diesem Fall sollte auf das absolute Haltverbot in der Kapellenstraße verzichtet werden. Er stelle sich alternierendes Parken vor. Auch bezüglich des Haltverbotes in Höhe der Bäckerei Schäfer habe er andere Vorstellungen. Die Einschränkung des Lieferverkehrs, ohne zu prüfen, wie dieser im Falle eines Haltverbotes erfolgen soll, halte er für äußerst bedenklich. Erstaunt habe ihn die Feststellung, dass an der Kreuzung Kölnstraße/Ecke Franz-Jacobi-Straße keine Rechts-vor-Links-Regelung bestehe.

Der Ausschussvorsitzende gab ein kurzes Fazit über die bisherige Diskussion und stellte fest, dass die Sitzungsvorlage dahingehend ergänzt werden sollte, dass das, was vom Ausschuss einvernehmlich bezeichnet wird, dann auch so von der Verwaltung umge-

setzt werden soll. Über die Punkte, bei denen noch kein Einvernehmen erzielt wurde, müsste abgestimmt werden. Darüber hinaus erinnerte er daran, dass das Schreiben des Werbekreises allen Beteiligten vor Ort bekannt gewesen war.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bat darum, dass auch das Thema „Grüne Welle auf der B 56“ noch einmal angefasst wird. Zum Thema Kreisel meinte er, dass man in der Gestaltung dieser Einrichtung nur Vorteile sehe. Daher sollte baulich nicht eingegriffen werden. Bezüglich des Grundstücks Kappellenstraße halte er die Gestaltung als Parkanlage für eine sinnvolle Lösung. Bezüglich der Einbahnstraßenregelung befürworte er den Versuch.

Frau Jung von der FDP-Fraktion wollte noch einmal wissen, ob die CDU nun Beratungsbedarf angemeldet habe, was aber vom Ausschussvorsitzenden verneint wurde. Daraufhin teilte sie mit, dass sie, auch nach Rücksprache mit den Fraktionskollegen, der versuchsweisen Einbahnstraßenregelung zustimmen werde, aber vor Beschlussfassung um eine vorherige Sitzungsunterbrechung bittet.

Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion erinnerte daran, dass man bereits mehrfach die Thematik auf der Tagesordnung hatte. Wo Einvernehmen besteht, solle man die Sitzungsvorlage zur Kenntnis nehmen. Wo Einvernehmen nicht besteht, sollte darüber abgestimmt werden.

Der Ausschussvorsitzende fasste zusammen, dass nunmehr über die Dinge abgestimmt wird, wo Diskussionsbedarf besteht. Wo kein Diskussions- und Beratungsbedarf besteht, würde der Verwaltungsvorlage gefolgt werden.

Damit war der Ausschuss einverstanden.

Als ersten strittigen Punkt rief der Ausschussvorsitzende auf die **Kreisverkehrsamtende Gestaltung der Rechts-vor-Links-Kreuzungen in der Kölnstraße.**

Herr Schell war mit der Verwaltungsvorlage einverstanden, wonach eine bauliche Änderung der Kreisel, die Kosten in Höhe von ca. 60.000 € verursachen würde, nicht durchgeführt wird. Vor Ort sei besprochen worden, dass eine Beschilderung nicht machbar ist.

Auch Herr Nettesheim möchte nicht, dass man 60.000 € pro Kreisel ausgeben soll. Was aber immer noch gewünscht wird sei eine optische Änderung, dass wahrgenommen wird, dass dort nicht die Rechts-vor-Links-Regelung gilt.

Herr Steinkamp teilte für die Verwaltung mit, dass nichts aufgestellt werden kann, was rechtlich nicht machbar ist. Dabei bliebe es bei dem, was die Verwaltung im Ortstermin zugesagt habe. Er biete an, die Haltelinie zu erneuern.

Frau Jung für die FDP und Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! stellten fest, dass keine neuen Schilder benötigt werden.

Herr Nettesheim regte an, dass insbesondere die Tempo-20-Schilder kontrolliert und ggf. erneuert werden sollten.

Für Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion seien nicht zu viele Schilder aufgestellt. Insbesondere dort, wo alternierendes Parken erlaubt ist, könnte man anders vorgehen, wenn entsprechende Hinweisschilder aufgestellt sind.

Dem widersprach Frau Jung und meinte, dass dies auch ohne Schilder zu regeln sei.

Der Ausschussvorsitzende fasste dann die Diskussion bezüglich der kreisverkehrsamtenden Gestaltung zusammen. **Danach erhält die Verwaltung den Auftrag, die Haltelinien zu erneuern und die Lesbarkeit der 20 km/h-Schilder zu überprüfen.** Der Ausschuss stimmte dem so zu.

Nunmehr rief der Ausschussvorsitzende als weiteren strittigen Punkt auf die **Versuchsweise Einrichtung einer Einbahnstraße auf der Kappellenstraße zwischen Sternstraße und Kölnstraße für den Zeitraum von ca. einem halben Jahr.**

Herr Schell wies noch einmal hin auf das zuvor von ihm Gesagte bezüglich der flexiblen Poller und bat um Prüfung, ob dies in der Kapellenstraße auch möglich ist. Auch sollte es eine Definition geben, wann ein solcher Test abgebrochen werden kann und wann der Test als erfolgreich zu betrachten ist. Aus seiner Sicht sehe man die Kappellenstraße viel zu singulär. Wegen der Problematik der umliegenden Straßen würde er das Ganze daher noch einmal besprechen wollen.

Herr Steinkamp für die Verwaltung erinnerte daran, dass die Einbahnstraßenregelung, die zur Debatte steht, kein Verwaltungsvorschlag sei. Dies sei Ergebnis der Diskussion vor Ort. Die Frage der Poller würde sich nur auf ein kleines Teilstück beziehen können. Der Ausbau ginge nur, wenn der Gehweg ausreichend breit genug sei. Ein großer Teil der Kappellenstraße kann somit aber nicht geschützt werden. Es gebe heute keine Unfallzahlen, die belegen, dass es sich um eine gefährliche Strecke handelt. Würde der Ausschuss das in seiner Mehrheit beschließen, würde sich die Verwaltung nicht sträuben. Die Testphase kann mit dem Messgerät nur begleitet werden. Die Polizei werde keine Möglichkeit haben, das Durchfahrverbot zu kontrollieren. Letztendlich könne man nur mitteilen, wie die Akzeptanz sei und wie hoch die gefahrenen Geschwindigkeiten. Mit einem zweiten Gerät würde man versuchen, die Belastung der Nebenstraßen zu ermitteln.

Für Herr Nettesheim ist es offensichtlich, dass die Einbahnstraßenregelung eine Belastung der Nebenstraßen mit sich bringen kann. Aber genau deswegen solle man eine Testphase durchführen. Man habe wegen des Zeitraumes von 6 Monaten genügend Zeit, die Messungen vorzunehmen. Man solle den Mut haben, die Testphase jetzt zu beschließen.

Herr Metz sieht in der Einbahnstraßenregelung auch einen positiven Effekt, da es an der Kreuzung Sternstraße/Kölnstraße/Udetstraße durch abbiegenden Verkehr oft zu Staubbildung kommt.

Frau Roitzheim als Ortsvorsteherin von Hangelar erinnerte, dass sie bei der Ortsbegehung auf den Brief des Werbekreises hingewiesen habe. Es sei ihr gesagt worden, man möge doch von der Einbahnstraßenregelung Abstand nehmen. Um allen gerecht zu

werden, bittet sie, den Beratungsbedarf der CDU-Fraktion zu akzeptieren.

Die Frage von Herrn Dr. Frank, ob bei Einführung der Einbahnstraßenregelung die Radfahrer in entgegengesetzter Richtung fahren können, wurde von Herrn Steinkamp bejaht.

Herr Schell betonte noch einmal, dass es ihm darum nicht gehe, die Thematik für immer zu verschieben. Er sehe den Beratungsbedarf nicht nur für seine Fraktion, sondern dass das auch im Werkbereich diskutiert wird. Die Frage, nach welchen Kriterien man beurteilt, wie sich der Verkehr z. B. auf der Josef-Menne-Straße entwickelt, sei noch nicht beantwortet worden. Dazu müsse aus seiner Sicht eine Vorher-Erfassung erfolgen. Er sehe es als ein Problem, dass sich das Problem Kappellenstraße verlagern wird.

Frau Jung stellte fest, dass es bislang immer fair gewesen sei, wenn jemand Beratungsbedarf angemeldet hat, dem auch statt zu geben. Sie frage sich aber in diesem konkreten Fall, was die Beratung bringen soll. Entweder man mache einen Test und schaue sich das Ergebnis an oder man lässt es sein.

Herr Nettesheim erkannte auch nicht den Beratungsbedarf und meinte im Hinblick auf die Aussage von Herrn Schell, dass dieser dann doch mit „Nein“ stimmen soll, wenn er die Testphase nicht möchte.

Bezüglich seiner Beobachtungen an der Kreuzung B 56/Kappellenstraße meinte Herr Metz, dass er nicht befürchte, dass in den Nebenstraßen von Hangelar die Verkehre zusammenbrechen. Auch sehe er momentan nur eine zeitliche Verzögerung, wenn jetzt auf den Beratungsbedarf eingegangen wird. Dann könne nämlich erst der nächste Ausschuss darüber befinden.

Auf Frage von Herrn Schell teilte Herr Steinkamp mit, dass auf Wunsch auch in den Nebenstraßen eine vorherige Erhebung erfolgen kann, um dann über weitere Erhebungen während der Testphase die Belastungen in den Nebenstraßen zu ermitteln.

Frau Jung frug in Richtung CDU-Fraktion, ob dies eine annehmbare Lösung sei.

Herr Schell teilte für die CDU-Fraktion mit, dass unter der Voraussetzung der vorherigen Messung der Umgebungsstraßen der Kappellenstraße hinsichtlich der Belastungen man einem Test zugestimmt.

Der Ausschussvorsitzende fasste zusammen, dass es **für die Kappellenstraße eine Testphase geben wird, wonach eine Einbahnstraßenregelung eingeführt wird, die Fahrradfahrer gegen die Einbahnstraßenrichtung fahren dürfen und in den Anliegerstraßen von der Verwaltung vorher sowie auch während der Testphase Verkehrszählungen durchgeführt werden und das nach der Testphase das Ergebnis wieder in den Ausschuss zur endgültigen Beschlussfassung kommt.**

Darüber wurde abgestimmt, es gab keine Gegenstimme.

Dann rief der Ausschussvorsitzende als weiteren strittigen Punkt auf **„Grundstück Kappellenstraße/Ecke Burbankstraße“**.

**Hier sei vorgeschlagen worden, erst die Testphase abzuwarten um dann zu sehen, was passiert.**

Das wurde so vom Ausschuss angenommen.

Als nächsten Punkt rief der Ausschussvorsitzende auf **„Probleme bei der Anlieferung der Bäckerei an der Ecke Udetstraße/Kölnstraße“**.

Hier liege der Vorschlag vor, in dem Bereich, wo sowieso nicht geparkt werden darf, eine Zick-Zack-Linie aufzubringen.

Hierzu teilte Frau Feld-Wielpütz mit, dass sie Unbehagen habe, Zick-Zack-Linien auf die Kölnstraße zu malen an einer Stelle, wo das Parken verboten ist. Sie rege an, dass der Gewerbetreibende mit dem Lieferanten spricht, dass sich dieser an das Haltverbot halten mag.

Frau Jung berichtete nach Absprache mit dem Ortsvorsteher von Menden, dass man hier die Erfahrung gemacht habe, dass die Anbringung von Zick-Zack-Linien in Menden doch etwas gebracht haben, indem so die Lade-Zonen markiert wurden.

Herr Müller von der CDU-Fraktion stellte fest, dass die Zick-Zack-Linien richtigerweise Grenzmarkierungen für Parkverbote heißen. Hierdurch sollen bestehende Parkverbote deutlicher markiert werden. Es sei keine eigenständige Regelung, sondern eine sichtbare Markierung, um das Parkverbot zu verdeutlichen. Daher könne man dem zustimmen.

Herr Schell stellte fest, dass, wenn man einmal damit anfinge, man mit den Markierungen kein Ende fände. Sein Vorschlag sei, dass das Ordnungsamt auf dem kleinen Dienstweg mit der Bäckerei spricht mit dem Hinweis, dass im Falle einer Nichtbesserung eine Zick-Zack-Linie angebracht wird.

Der Ausschussvorsitzende hielt als Ergebnis fest, dass **das Ordnungsamt auf den Gewerbetreibenden einwirkt. Sollte das nicht zum Erfolg führen, werde eine Zick-Zack-Linie angebracht.**

Damit war der Ausschuss einverstanden.

Als nächsten Punkt rief der Ausschussvorsitzende auf **Zebrastreifen Udetstraße**.

Herr Steinkamp teilte mit, dass die Zebrastreifen, die in der Kölnstraße angelegt wurden, eine höhere Frequenz ausweisen als die in der Udetstraße beantragten. Daher könne man aus Schulwegsicherungsgründen die Zebrastreifen in der Kölnstraße vertreten. In der Udetstraße aber nicht, auch weil es sich hierbei um keinen Schulweg handelt.

Auch Herr Schell halte einen Zebrastreifen für nicht sinnvoll. Daher werde man sich gegen einen Zebrastreifen an dieser Stelle aussprechen.

Selbst wenn es nicht ein offizieller Schulweg sei, erkenne Herr Nettesheim aber die Anforderung, auf der Udetstraße einen Zebrastreifen anzulegen, weil hier Schülerverkehr zu beobachten ist. Auch sei die Udetstraße wegen der Zufahrt zum Franz-Josef-Halm-Platz stärker frequentiert als andere Nebenstraßen. Auf seine Nachfrage hin, wo die seinerzeitigen Messungen stattgefunden haben, teilte Herr Steinkamp mit, dass diese in Höhe der Grundschule durchgeführt wurden.

Herr Metz schloss sich der Auffassung von Herrn Schell an und würde der Anbringung eines Zebrastreifens nicht zustimmen.

Herr Nettesheim erneuerte seine Auffassung, dass ein Zebrastreifen an dieser Stelle wichtig sei.

Daraufhin brachte der Ausschussvorsitzende den Punkt **Zebrastreifen an der Udetstraße zur Abstimmung mit dem Ergebnis 4 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen. Damit wird kein Zebrastreifen angebracht.**

Nun ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag des Gesamten abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**einstimmig**

|    |  |                               |  |
|----|--|-------------------------------|--|
| 16 |  | <b>Anträge der Fraktionen</b> |  |
|----|--|-------------------------------|--|

|        |         |   |                            |
|--------|---------|---|----------------------------|
| 16.1.1 | 14/0065 | <b>Parkplatzsituation im Zentrum verbessern</b><br><b>Fraktion Aufbruch</b> | <b>FD 6/10, FB 1, FB 7</b> |
|--------|---------|---|----------------------------|

**Die Angelegenheit wurde in den Zentrumsausschuss verwiesen.**

|               |                |   |                            |
|---------------|----------------|---|----------------------------|
| <b>16.1.2</b> | <b>14/0069</b> | <b>Verkehrsbelastungen der Stadtteile Meindorf und Menden während der Umbaumaßnahme an der Bonner Nordbrücke</b><br><br><b>SPD-Fraktion</b> | <b>FD 6/10, FB 1, FB 7</b> |
|---------------|----------------|---|----------------------------|

Für die Antrag stellende Fraktion begründete der Ortsvorsteher von Meindorf Herr Kespohl den Antrag.

Frau Jung von der FDP-Fraktion teilte mit, dass sie sich nur für die Belange des Antrages zum Ortsteil Menden auslassen werde. Sie halte den Vorschlag, den Linksabbieger von der Sieg- auf die Burgstraße zu verbieten, für nicht gut.

Zu der Aussage, durch die eingezeichneten Parkflächen den Verkehr in der Martinstraße zu verflüssigen, teilte sie mit, dass sie die Erfahrung in der Burgstraße gemacht habe, dass durch das alternierende Parken eine Verbesserung des Verkehrs eingetreten ist.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte fest, dass die angesprochene Thematik sehr komplex sei und es keine Ideallösungen geben werde. Er schlug vor, die Anregungen an den Rhein-Sieg-Kreis zu geben. Er möchte den Antrag nicht beschließen, da dies einen Resolutionscharakter habe. Er wehre sich gegen die Behauptung, dass, was heute vom Kreis käme, totaler Blödsinn sei.

Herr Krämer von der CDU-Fraktion schloss sich seinem Vorredner an. Er erinnerte an Arbeitsgruppen, die von der Bezirksregierung oder vom Kreis eingerichtet wurden, die über solche Lösungen nachdenken, wie sie im SPD-Antrag gefordert werden.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion unterstrich das von Herrn Metz Gesagte und meinte, dass die Verwaltung bereits tätig geworden ist. Sie könne den Antrag zwar verstehen, wies aber darauf hin, dass Sankt Augustin aus mehreren Stadtteilen bestehe. Bezüglich der zu Menden genannten Punkte in dem Antrag stellte sie fest, dass solche Dinge auch mit in das Ortsteilentwicklungskonzept gehören könnten.

Bezüglich der Regelung durch Polizeibeamte meinte Herr Kespohl, dass er das in verschiedenen Städten so erlebt habe. Dem Vorschlag von Frau Feld-Wielpütz, einige Punkte in das Ortsteilentwicklungskonzept zu verschieben, könne er folgen. Ansonsten bittet er die Profis im Rathaus, die im Antrag genannten Dinge zu prüfen.

Frau Jung bekannte, dass viele Dinge in dem Antrag zu begrüßen seien, für die man aber nicht zuständig ist. Bezüglich der von Frau Feld-Wielpütz angesprochenen Punkte, die in das Ortsteilentwicklungskonzept gehören, sagte sie, dass sie das nicht möchte.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! unterstrich das von Herrn Metz Gesagte, dass das im SPD-Antrag Enthaltene an den Rhein-Sieg-Kreis weiterzugegeben ist.

Herr Gleß teilte abschließend mit, dass er es nicht für sinnvoll erachte, Punkt für Punkt der Antragsinhalte zu Menden und zu Meindorf durchzugehen. Im Beschlussvorschlag stünde, dass der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, die Stadtverwaltung aufzufordern, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Hierzu sei mitzuteilen, dass man nicht federführend ist. Es gebe eine Stelle „Task-Force“, die beim Rhein-Sieg-Kreis

beheimatet ist und an der die Stadt Sankt Augustin beteiligt ist. Sein Vorschlag sei, den Antrag dieser Stelle zukommen zu lassen, aber auch den Geist der heutigen Diskussion mitzugeben. Wegen des Informationsdurstes aus dem Ausschuss zu diesem Thema schlage er vor, zur nächsten Sitzung am 02.07. evtl. Herrn Sieberg einzuladen. Probleme und angedachte Lösungen seien so aus erster Hand zu erfahren.

Ein geplanter Geschäftsordnungsantrag des Herrn Köhler wurde nach Mitteilung des Ausschussvorsitzenden, das jetzt über den Beschlussvorschlag befunden werde, zurückgezogen. Dann fragte der Ausschussvorsitzende, ob der Ausschuss mit der von Herrn Gleß vorgeschlagenen Verfahrensweise einverstanden sei.

Der Ausschuss war damit einverstanden. Damit wurde über den Antrag nicht abgestimmt.

Nun meldete sich Herr Köhler erneut zur Geschäftsordnung und stellte fest, dass es jetzt 22:31 Uhr sei und bat, man möge doch zum Ende kommen.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

|               |                |   |                |
|---------------|----------------|---|----------------|
| <b>16.1.3</b> | <b>14/0082</b> | <b>Ratsbeschluss zum Ennertaufstieg gegenüber Bundesminister Dobrindt bekräftigen</b> | <b>FD 6/10</b> |
|               |                | <b>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>   |                |

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begründete den Antrag.

Eine Erörterung hierüber fand zunächst nicht statt.

Der Ausschussvorsitzende machte den Vorschlag, den Beschluss dahin gehend zu ändern, dass der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss die Verwaltung beauftragen möge, den geltenden Ratsbeschluss dem Bundesminister zur Kenntnis zu geben und ihn mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass dieser Ratsbeschluss aus heutiger Sicht noch Bedeutung und Gültigkeit hat und er gebeten wird, ihn zu beachten.

Frau Jung von der FDP-Fraktion meinte, für sie sei ein Ratsbeschluss ein Beschluss und er bräuhete keine erneute Bestätigung. Man könne den damaligen Ratsbeschluss an Herrn Dobrindt mit einem Zweizeiler senden und auf die bestehende Beschlusslage in Sankt Augustin hinweisen. Sie würde keinen Beschluss fassen.

Darauf teilte der Ausschussvorsitzende mit, dass die Verwaltung ja beauftragt wird, den Beschluss dorthin zu senden. Das sei der Beschluss. In der Sache selbst mache man keinen neuen Beschluss.

Dieses wurde dann so einstimmig angenommen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin bekräftigt den Ratsbeschluss vom 19.02.2003 und die Aussagen im gültigen Verkehrsentwicklungsplan dahingehend, dass die Stadt Sankt Augustin den sog. „Ennertaufstieg“ weiter ablehnt.

Die Stadtverwaltung wird gebeten, dies dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur mitzuteilen. Zudem soll die detaillierte Stellungnahme aus dem Jahr 2003 beigelegt werden. Der Bundesminister wird aufgefordert, weitere Untersuchungen bzw. Planungen des „Ennertaufstiegs“ einzustellen. Stattdessen soll das Bundesministerium im Zuge der Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans die in der Region einvernehmlichen Maßnahmen vorantreiben.

**einstimmig**

|        |         |  |                     |
|--------|---------|--|---------------------|
| 16.1.4 | 14/0096 | Ortsentwicklung Stadtteil Menden<br>SPD-Fraktion | FD 6/10, FB 1, FB 7 |
|--------|---------|--|---------------------|

**Über den Antrag wurde nicht abgestimmt.**

|    |  |                           |  |
|----|--|---------------------------|--|
| 17 |  | Anfragen und Mitteilungen |  |
|----|--|---------------------------|--|

|      |  |          |  |
|------|--|----------|--|
| 17.1 |  | Anfragen |  |
|------|--|----------|--|

|        |         |   |               |
|--------|---------|---|---------------|
| 17.1.1 | 14/0055 | Altersgerechte Quartierskonzepte<br>Fraktion Aufbruch | FD 6/10, FB 4 |
|--------|---------|---|---------------|

**Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.**

|               |                |   |                            |
|---------------|----------------|---|----------------------------|
| <b>17.1.2</b> | <b>14/0059</b> | <b>Wirtschaftlicher Stellenwert des Verkehrslandeplatzes</b><br><b>FraktionAufbruch</b> | <b>WBF, FB 2,<br/>FB 6</b> |
|---------------|----------------|---|----------------------------|

**Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.**

|             |  |                     |  |
|-------------|--|---------------------|--|
| <b>17.2</b> |  | <b>Mitteilungen</b> |  |
|-------------|--|---------------------|--|

Herr Gleß teilte mit, dass gestern ein Gespräch stattgefunden habe mit den Gewerbetreibenden in Niederpleis zur Realisierung des Kreisverkehrs Pleistalstraße/Ecke Hauptstraße. Es sei von den Beteiligten positiv aufgenommen worden, dass die Verwaltung das Gespräch gesucht habe, aber auch die Gestaltung des Kreisverkehrs.

Der Ausschutsvorsitzende schloss um 22:38 Uhr den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses.